

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR • GEGRÜNDET 1870

Eine Charta – viele Mythen

Christian Weisflog

Russland erklärte die sichere Versorgung mit Energie, das zentrale Problem der modernen Zivilisation, zum Hauptthema seines G8-Vorsitzes, ohne innovative Lösungsvorschläge zu präsentieren. Dem Kreml, so stellte sich heraus, geht es nicht um eine ökonomische und ökologische globale Energieversorgung, sondern um die Verwendung der eigenen Energieressourcen als politisches Instrument. Am G8-Gipfel in St. Petersburg Mitte Juli wird Russland sich deshalb kaum zur Ratifizierung der Energiecharta, die eine Entpolitisierung der Energieversorgung anstrebt, bereit erklären. Stattdessen werden Mythen gesponnen, welche die Charta als Instrument der EU und ausländischer Investoren diskreditieren.

Nach dem Ende der UdSSR und dem „Sieg“ des Kapitalismus glaubte man, mit „dem Markt“ – am besten einem möglichst globalisierten – eine Wunderwaffe zur Lösung sämtlicher Probleme gefunden zu haben. Für eine florierende Wirtschaft oder ein modernes Gesundheits- und Bildungswesen müssten die Regierungen nur für einen Rahmen sorgen, in dem Wettbewerb herrscht. In einer liberalen Welt würden die Ökonomie und transnationale Konzerne anstelle der Politik den Lauf der Dinge bestimmen.

Dies war auch die Idee der Europäischen Energiecharta, die 1991 von 54 Staaten, darunter die USA und Russland, unterzeichnet wurde. Die internationale Kooperation im Energiebereich sollte dadurch auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Der 1994 von 51 Staaten unterzeichnete Vertrag über die Energiecharta regelt Transit, Handel und Investitionen im Energiebereich und enthält Bestimmungen zu Energieeffizienz und Umweltschutz. Für die Konfliktlösung zwischen Staaten, ihren Regierungen oder Investoren sieht der Vertrag ein internationales Schlichtungsverfahren vor. Oberste Prinzipien des Regelwerks sind Transparenz und die Nicht-Diskriminierung von Akteuren im Energiebereich. Die Unterzeichner sind aufgefordert, „Marktverzerrungen“ entgegenzuwirken.

Die Charta umfasste als erstes wirtschaftliches Abkommen die Mehrheit der führenden Industriestaaten sowie die Länder Mittelosteuropas und der GUS. Ihre Dringlichkeit war angesichts der geopolitischen Umwälzungen unbestritten: Die Ukraine und Weißrussland wurden quasi über Nacht zu Transitländern für russisches Gas und Öl. Und auch Russland ist Korridor für die Energieträger aus den neuen Staaten Zentralasiens geworden.

Fortsetzung auf Seite 2



Foto: Reuters

Barrikaden gegen die Staatsmacht: Im Dorf Butowo am Stadtrand von Moskau verstärken Kinder den Zaun der Holzhausiedlung, die abgerissen werden soll. Viele Bewohner kämpfen um ihr Eigentum und wehren sich gegen die Umsiedlung in Wohnblocks des benachbarten Neubaugebietes Juschnoje Butowo.

Moskaus Dörfer werden Stadt

Es gibt Flecken in Moskau, die sehen Moskau so gar nicht ähnlich. Im Schatten der Großstadtbebauung haben auch einige dörfliche Siedlungen die Zeit überdauert. Mit ihren Holzhäusern und Vorgärten sind sie den Stadtplanern schon lange ein Dorn im Auge, die auf der kostbaren Nutzfläche lieber platzsparende Wohnblocks errichten würden. Und so müssen nach dem Willen des Rathauses nun die letzten Dörfer weichen. Auch Butowo am südlichen Stadtrand droht bis 2010 der Abriss seiner 500 Häuser. Mit der Umsiedlung der Bewohner wurde jetzt begonnen. Viele leisten jedoch heftigen Widerstand.

Tino Künzel, Ulrich Heyden

Julia Prokofjewa guckt fassungslos, als Polizisten der Polizei-Sondereinheit OMON anrücken. Mit Gewalt vertreiben sie jene Nachbarn, die sich vor dem Haus der alten Dame versammelt haben, um eine Räumung zu verhindern. Julia Prokofjewa soll mit ihrem Sohn Igor aus dem Grünen in eine Ein-Zimmer-Wohnung im benachbarten Plattenbaugebiet Juschnoje Butowo umziehen. So will es die Stadtverwaltung, so will es ein Gerichtsbeschluss, auf

den sich die Beamten berufen, die am 19. Juni vor der Tür stehen. Sie nehmen die Inneneinrichtung mit und laden sie in der Achmed-Kadyrow-Straße ab, dem neuesten Straßenzug in Juschnoje Butowo, benannt nach dem 2004 ermordeten damaligen Präsidenten von Tschetschenien. In einem Vielgeschoss sollen die Umsiedler aus Butowo ihr künftiges Zuhause finden, während ihr Dorf eingeebnet wird, um anderen Vielgeschossern Platz zu machen. Julia Prokofjewa und ihr Sohn sind erst einmal bei Angehörigen untergekommen.

Im leer geräumten Holzhaus hält ein Verwandter die Stellung.

Der Konflikt in Butowo hat es bis ins russische Fernsehen geschafft und auf die Titelseiten der größten Zeitungen. Zahlreiche Reporter eilten herbei, um vom Widerstand des kleinen Dorfes gegen das große Moskau zu berichten. Denn der Fall ist exemplarisch dafür, ob und wie das heutige, postkommunistische, demokratische Russland Wohneigentum schützt, ob und wie der territoriale Appetit der Zehn-Millionen-Stadt Moskau weiterhin gestillt werden soll. Und auch dafür, ob und wie sich der Einzelne gegen Willkür wehren kann.

Die Holzhäuser von Butowo wurden 1930 gebaut und gehörten früher einer Kolchose. Die Bewohner haben den moorigen Boden urbar gemacht, Sand herbeigeschafft und Gärten angelegt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden sie automatisch Eigentümer der Häuser oder – anteilig – der Wohnungen darin. Bei den Grundstücken war

der bürokratische Aufwand so hoch, dass es nur wenigen der 2 000 Dörfler gelang, sie zu privatisieren. Doch als jetzt die Stadt den Wert des Privateigentums taxieren ließ, bezog sie die Grundstücke mit ein – daran sollte eine Einigung nicht scheitern. Moskau beklagt einen chronischen Wohnungsmangel und baut deshalb, was das Zeug hält. Wo das noch hinführen soll, weiß keiner. Die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Russland ist nach wie vor groß, so dass der Zuzug nach Moskau anhält. Butowo liegt etliche Kilometer südlich der Ringautobahn MKAD, die eigentlich als Stadtgrenze gilt. Moskau verstädtert also bereits das Umland. Vom Reißbrett aus betrachtet, scheinen davon alle zu profitieren. Die Baufirmen bekommen Aufträge, für die Stadt, die mit ihrer sozialen Verantwortung argumentiert, fällt ein Prozentsatz kostenlosen Wohnraums ab.

Fortsetzung auf Seite 12

Stichworte

„Das russische Verständnis von Demokratie unterscheidet sich in nichts vom europäischen. Unser russisches Modell heißt ‚soveräne Demokratie‘. Wir wollen eine offene Nation unter anderen offenen Nationen sein, mit ihnen nach fairen Regeln zusammenarbeiten und uns nicht von außen lenken lassen.“

Der russische Präsidentenberater Wladimir Surkow vor Journalisten in einer Kritik am Begriff „gelenkte Demokratie“.

„Demokratie hat es in Russland noch nie gegeben. Diese Märchen sind früher den Gläubigern und Sponsoren erzählt worden. Heute ist ‚Stabilität‘ das Zauberwort.“

Jewgenij Satanowskij, Präsident des Instituts für den Nahen Osten.

„Wenn man Russland mit der Sowjetunion vergleicht, dann haben wir Demokratie. Aber wenn man sich an den entwickelten Demokratien orientiert, müssen wir uns noch strecken.“

Garegin Tossunjan, Präsident der Vereinigung russischer Banken.

„Frauen können keine Geheimnisse für sich behalten. Das ist ihr einziger Makel, aber was für einer!“

Ljubow Sliška, stellvertretende Duma-Vorsitzende, in der „Iswestija“ als Begründung dafür, dass sie keine engen Freundinnen habe.

Seite 6

Geprägt: Was für Eindrücke der Leiter des Internationalen Roten Kreuzes in Moskau nach drei Jahren Russland mit in seine Schweizer Heimat nimmt – ein Interview.



Seite 9



Gereift: Warum die zähe Koalitionsbildung in Kiew ein Sieg der Demokratie war.

Seite 10

Gefeiert: Der deutsche Schauspieler Jens Harzer gewann beim Moskauer Filmfestival den Silbernen Georg für die beste männliche Hauptrolle.



Seite 11



Gewandelt: Das Moskau der Jahre 1986 und 2006 mit den Augen eines Deutschen.



Die nächste Ausgabe erscheint am 2. August

www.mdz-moskau.de

Eine Charta - viele Mythen

Fortsetzung von Seite 1

Gerade diese jungen Länder forderten 1998 die Schaffung günstiger Investitionsbedingungen für Pipelineprojekte. Aufgrund dieser Initiative entstand das Transitprotokoll, welches das in Artikel 7 der Energiecharta geregelte Prinzip der Transitfreiheit weiter ausformuliert.

„Verbindliche internationale Regeln verringern den Einfluss geopolitischer Überlegungen in der Exploration von Energieressourcen, nicht zu sprechen von der Reduktion der Geopolitik in der Wahl von Pipelinerouten“, schrieb der Senior Expert der Energiecharta Karl Petter Wærn vor wenigen Jahren in einem Artikel. Doch die Zeit des Marktes und der gleichen Spielregeln für alle scheint vorbei zu sein, bevor sie begonnen hat. Putins Elite glaube nicht an den Markt, sie hätte Angst vor Konkurrenz und Privatinitiative und vertraute nur der zentralen Kontrolle, meint der Direktor des Instituts für Energiepolitik Wladimir Milow.

Russland hat die Energiecharta zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Das Transitprotokoll ist immer noch Gegenstand von Verhandlungen. Neu sei nun aber, dass die Russen bis hinauf zu Putin sagen, sie würden die Charta, wenn überhaupt, erst nach grundlegenden Änderungen ratifizieren, erklärt Torsten Wöllert, Co-Direktor des Energietechnologiezentrums in Moskau. Wichtige Leute seien offensichtlich der Meinung, dass es Russland im Moment zum Vorteil gereicht, wenn es sich nicht in jedem Fall an vorhersehbare rechtliche Regeln halten muss. Die russischen Energiebeziehungen zu Zentralasien oder auch der Ukraine stützten sich heute zum großen Teil auf intransparente Mechanismen, so Wöllert.

Durch die Ratifizierung fürchtet Moskau vor allem, das Transitmonopol auf zentralasiatisches Gas nach Europa zu verlieren, wodurch dem russischen Gas Konkurrenz erwachsen würde. Russland

scheint zudem an der Effektivität der Charta zu zweifeln: „Die Ukraine hat die Charta ratifiziert und sie unbestraft gebrochen“, so Ilja Solowjow vom Institut für die Probleme Natürlicher Monopole.

Bis auf ein paar Formulierungen sei man mit den Prinzipien der Charta einverstanden, sagte Finanzminister Alexej Kudrin kürzlich. Russland wolle aber unter anderem, dass das Abkommen auch die Atomenergie berücksichtige. Diese Forderung ist wohl nicht mehr als ein Ablenkungsmanöver, denn damit sich die rund 50 Vertragsstaaten hier einigen, bedürfte es langer Verhandlungen.

Neben Ablenkungsmanövern werden auch Mythen gezimmert: Zum Beispiel, dass die Charta die Vertragsstaaten verpflichtet, Drittparteien Zugang zu ihren Pipelines zu gewähren. Die Staatsduma hat nun sogar, um sich vor der unbegründeten Gefahr zu wappnen, ein Gesetz verabschiedet, das dies untersagt. Ein anderer Mythos behauptet, dass die Charta die Unterzeichner verpflichtet, ausländischen Investoren Zugang zu den eigenen Energieressourcen zu gewähren. Die EU wolle freien Zugang zu den russischen Transport- und Produktionsanlagen, sagte Putin kürzlich. Die Frage sei, was die EU im Gegenzug anbiete, fügte er an.

Diese Unsicherheit in der Energieversorgung verursacht hohe ökonomische und ökologische Kosten. Weltweit werden aus geostrategischen Gründen teure Pipelineprojekte realisiert, um durch Diversifizierung der Energierouten die Risiken zu minimieren. Beispiele gibt es viele: Die Nordsee-Pipeline, die Nabucco-Pipeline aus der Türkei nach Europa, die Baku-Ceyhan-Pipeline oder Russlands Pipelineprojekte nach China. Vielleicht wird die Ukraine ja in Zukunft ihre Energieversorgung gänzlich mit Gas aus Zentralasien decken, das über die Türkei und via Rumänien transportiert wird. Und nur, weil man sich mit dem Nachbarn zerstritten hat. Die Politik erfordert weite Wege.

Kein Ultimatum gegen Iran

Putin umreißt russische Außenpolitik

Ende Juni trafen sich in Moskau die Außenminister der G-8-Staaten, um ihre Positionen kurz vor dem bevorstehenden Treffen Mitte Juli in St. Petersburg abzustecken. Präsident Putin, der die hochkarätigen Gäste empfing, legt kurz vor dem Treffen seine Sicht der russischen Außenpolitik dar.

Lina Wassiljewa

Die Gespräche im Laufe des G-8-Außenministertreffens konzentrierten sich vor allem auf die Fragen um das iranische Atomprogramm, die Nichtweitergabe von Massenvernichtungswaffen sowie die Situation im Kosovo. Dies sind Themen, die neben der Lage im Irak, Afghanistan und Sudan, Russland besonders beunruhigen. Genauso wie die ebenfalls angesprochene Situation in Nahost und das Problem der Energiesicherheit. Die äußerst allgemein gehaltene gemeinsame Erklärung am Ende des Treffens stand jedoch im Schatten von Putins Rede vor russischen Diplomaten am Vorabend. Der russische Präsident ging darin auf die Hauptlinien der russischen Außenpolitik ein, die sich im Laufe des letzten Jahres herauskristallisierten und nun den zukünftigen Weg vorgeben sollen. Putin verkündete dort die Hauptthesen dieser Politik, deren Entstehungsverlauf während des letzten Jahres zu beobachten war. Jetzt, nachdem der Staatschef sie endgültig verkündete, wurde der zukünftige politische Kurs über Russlands Außenpolitik eingeleitet.

Putin hielt die Rede vor den Spitzen der russischen Diplomatie am Tag, als das Außenministerium die Ermordung von vier russischen Botschaftsangehörigen im Irak bestätigte, die Anfang Juni entführt wurden. Die Geiselnahme der Terrororganisation „Al-Qaida im Irak“ hatten den russischen Abzug aus Tschetschenien und die Freilassung aller muslimischen Häftlinge aus russischen Gefängnissen gefordert. Das Außenministerium erhob danach schwere Vorwürfe gegen die USA und seine Alliierten, nicht genügend für die Sicherheit des Botschaftspersonals getan zu haben.

Trotz der Tragödie versuchte Putin, seine Rede ruhig und sachlich zu halten. Russland brauche auf keinen Fall eine Konfrontation mit dem Westen, betonte der Präsident. Einem Ultimatum gegenüber dem Iran, von dem die USA und die EU die Einstellung seines Atomprogramms fordern, werde Russland aber auf keinen Fall zustimmen, betonte Putin. Mit dieser Geste bekräftigte der Kreml gegenüber Teheran seine bisherige politische Linie und empfahl sich als getreuer Partner. Dem Iran wird von den USA vorgeworfen, an der Entwicklung einer Atombombe zu arbeiten. Teheran hingegen behauptet, dass sie die Atomenergie nur für friedliche Zwecke nutzen will. Die islamische Republik, dessen Präsident die Auslöschung des Staates Israel forderte, verfügt bereits über Trägerwaffen für Atomspengköpfe, die bis Jerusalem reichen.

Anschließend schlug Putin den USA vor, die Diskussion über die Überarbeitung des ABM-Vertrags (Ani-Ballistic-Missile-Treaty) zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen wieder aufzunehmen. Die USA kündigten den Vertrag

2002 einseitig auf, weil er ihrer Meinung nach unvollkommen gewesen sei und der neuen Situation nicht mehr entsprochen hätte. Die Regierung von US-Präsident Bush verkündete gleichzeitig den Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems. Dieses verläuft allerdings bisher wenig erfolgreich und bringt horrenden Kosten mit sich. Es geht dabei allerdings nicht nur um stationäre Raketen, sondern auch um so genannte „kleine“ Ladungen, auf deren Produktion sich nun die amerikanische Militärindustrie konzentriert. Diese „Taschenatomwaffen“, die in einem regionalen Krieg verwendet werden können, beunruhigen Russland immer mehr. Vor allem wenn man die derzeitige Instabilität und die Vielzahl kleiner und großer Konflikte in der Welt, unter anderem an der russischen Grenze, in Betracht zieht. Das Ziel eines neuen ABM-Vertrags aus russischer Sicht ist es, die



US-Außenministerin Condoleezza Rice und der russische Präsident Wladimir Putin.

Tätigkeit der amerikanischen Rüstungsindustrie unter paritätische Kontrolle zu bekommen.

Putin betonte, dass sich eine Partnerschaft zwischen Russland und den USA nur auf der Grundlage von Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt aufbauen lässt. Die Regelmäßigkeit, mit der der russische Präsident dieses Thema auf den Tisch bringt, zeugt davon, wie unzufrieden er im Moment damit ist. Russlands Unbehagen wird vor allem durch die Aktivitäten der USA in seinen Nachbarstaaten Ukraine und Georgien genährt. Aus der Sicht Moskaus unterstützt Washington in diesen Ländern „antirussische“ Regime.

Aufmerksamen Beobachtern entgeht nicht, in welcher Reihenfolge Putin die Partner Russlands aufzählte: die EU, China, Indien und erst danach die Vereinigten Staaten.

Die US-Außenministerin Condoleezza Rice ließ sich dadurch allerdings nicht beeindrucken. Am Ende des G-8-Außenministertreffens erklärte sie, dass die USA sich auch weiterhin Sorgen machen werden, was Russlands Transformationsprozess hin zur Demokratie angeht. „Es ist kein Geheimnis, dass die USA und andere Länder besorgt darum sind, wie der Übergangsprozess zur Demokratie in Russland verläuft. Wir stellen uns immer wieder Fragen darüber“, so Rice.

Rice erinnerte auch daran, dass die G-8-Staaten in Gesprächen untereinander offen alle Fragen besprechen, auch die innenpolitische Situation. In Bezug darauf hat sie zugegeben, dass die USA wegen des Zustands der russischen Demokratie beunruhigt sind, insbesondere bezüglich der Medienfreiheit und der zunehmend restriktiven Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen. Die US-Außenministerin hob hervor, dass die Bush-Regierung zu diesen Themen einen Dialog mit der russischen Staatsführung „im Sinne des Respekts zu Russland und seinen Erfolgen“ wünsch.

KURZ und KNAPP

Keiner „gegen alle“

Ein Exot des russischen Wahlrechts steht kurz vor dem Aus. Die Wahl-Alternative „gegen alle“ soll von den Stimmzetteln verschwinden. So will es eine von der Duma Ende Juni verabschiedete Gesetzesinitiative. Damit verlieren die russischen Wähler eine Möglichkeit, ihren Protest auszudrücken. Der Kandidat „gegen alle“ erfreute sich in Russland immer wieder eines beachtlichen Wählerpotenzials. Nach Umfragen spricht sich denn auch die Mehrheit der Bürger (54 Prozent) für den Beibehalt dieser Wahloption aus.

„Einiges Russland“ mit Kreml-Kandidaten

Die präsidententreue Partei „Einiges Russland“ wolle bei den Präsidentschaftswahlen 2008 einen eigenen Kandidaten nominieren, sagte Parteichef Boris Gyslow Ende Juni in Moskau. „Die Parteimitgliedschaft des Staatspräsidenten gehört in den meisten Staaten, darunter auch in der G8, zur allgemein üblichen Praxis“, betonte Gyslow. Von den Parlamentswahlen 2007 erhoffte sich „Einiges Russland“ eine Mehrheit in der Duma, teilte Gyslow mit. „Danach wird unsere Partei einen eigenen Präsidentschaftskandidaten nominieren.“

Russland warnt Nordkorea

Russland hat Nordkorea davor gewarnt, die regionale Stabilität durch seinen geplanten Raketenstest zu gefährden. Das russische Außenministerium erklärte Ende Juni, es habe deswegen den nordkoreanischen Botschafter in Moskau einbestellt. Im Gegensatz zu den USA und Japan hatte Russland die möglichen Gefahren eines nordkoreanischen Raketenstests bislang heruntergespielt. Der nationale Sicherheitsberater der USA, Stephen Hadley, sagte unterdessen, Washington wolle versuchen, Nordkorea auf diplomatischem Weg von dem Raketenstest abzubringen.

Rotes Kreuz fordert Gefängnisbesuche

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat Russland Ende Juni aufgefordert, einen ungehinderten Zugang zu Gefangenen aus den Konflikten in Tschetschenien und im übrigen Kaukasus in vollem Umfang zuzulassen. Wie die Organisation bekannt gab, hat IKRK-Präsident Jakob Kellenberger den russischen Präsidenten Wladimir Putin in einem Brief um die Aufnahme neuer Verhandlungen in dieser Sache gebeten. Das IKRK hat die Gefangenenbesuche in Russland im September 2004 eingestellt, weil es die von russischer Seite geforderten Bedingungen, unter denen die Besuche hätten stattfinden sollen, nicht akzeptieren wollte.

Zahlen bitte!

44

... Menschen sind während der ersten vier Juni-Wochen in den Moskauer Gewässern ertrunken. Im selben Zeitraum des Vorjahres hatte die Zahl der tödlichen Badeunfälle bei 32 gelegen. Wie der medizinische Notdienst bekannt gab, waren allein am 27. Juni 2006, einem Dienstag, sechs Tote zu beklagen. Am letzten Juni-Wochenende kam für zwölf Menschen jede Hilfe zu spät. Landesweit ertranken an den beiden Tagen mehr als 300 Badende.

Moskauer Deutsche Zeitung

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Herausgeber
Heinrich Martens

Redaktion
Carmen Eller
(Feuilleton, Fotoreportage)
celler@martens.ru

Tino Künzel
(Leben in Moskau, Geschichte,
Meinung und Medien, Politik)
tinok@martens.ru

Christian Weisflog
(Politik, Regionen, Russland heute, GUS)
cweisflog@martens.ru

Tobias Zihn
(Wirtschaft, Deutsches Dorf)
tzihn@martens.ru

Renata Kossenka
(Wo und Was in Moskau)
schrenata@mail.ru

Korrektur
Nina Botschkarjowa,
Raissa Kraptschina

Computersatz
Hans Winkler

MDZ-Online
Tino Künzel

„Martens. Verlag & Consulting“ AG

Geschäftsführung
Olga Martens

Vertrieb
Nina Bogowik
Tel.: (495) 246 4051, Fax: (495) 248 3874
mdz-abo@martens.ru

Anzeigen
Tatjana Gorbatschowa
Tel./Fax: (495) 937 6545, 248 5858
gtv@martens.ru

Adresse
Russland, 119435 Moskau,
Deutsch-Russisches Haus,
Ul. Malaja Pirogowskaja 5, Office 54.
Tel.: (495) 937 6547, 248 23 30, 937 6544
Fax: (495) 248 3874
E-Mail: redaktion@martens.ru

MDZ im Internet: www.mdz-moskau.de

Die Medienassistenten werden gefördert durch das Institut für Auslandsbeziehungen e.V. aus Mitteln des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für den Inhalt der veröffentlichten Anzeigen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Quellenangabe möglich. Designentwurf: Natalija Gwosdewa. Registriert bei Roskompschat. Registriernummer 017576. Redaktionsschluss: 4. Juli 2006. Gedruckt in der Druckerei „Pressa“. Auflage 20 000 Expl. Номер заказа 510913. Газета в розницу не распространяется